

## Staatliche Interventionen

## Dem «Ökosystem Wirtschaft» Sorge tragen



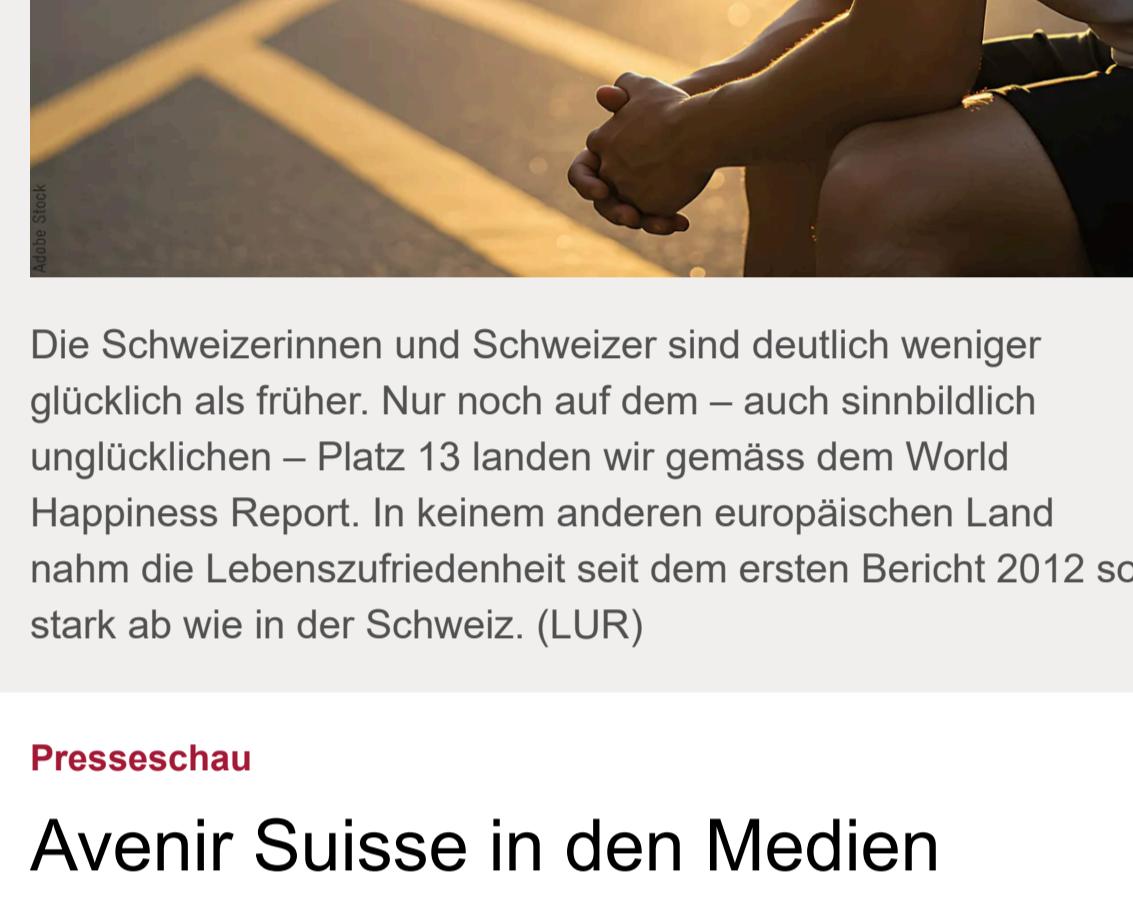
Die Wirtschaft gleicht einem wilden Garten. Einmischungen von aussen können dieses hochkomplexe Biotop aus dem Lot bringen. Bevor der Staat als «Gärtner» eingreift, gilt es vier wichtige Prinzipien zu beachten, schreibt Jürg Müller in seiner Kolumne in der [«NZZ am Sonntag»](#). Denn die Wirtschaft schafft vom KMU bis zum Konzern als Ganzes Mehrwert – die Summe der Teile ist mehr als die Teile selbst.

## Immobilienmarkt

## Staatliches Vorkaufsrecht: kein Wundermittel gegen Wohnungsnot

Bevor eine Liegenschaft den Besitzer wechselt, soll der Staat zuerst zugreifen dürfen. Die Befürworter eines solchen Vorkaufsrechts argumentieren, es schaffe günstigen Wohnraum. Doch wie Marco Salvi [in seinem Beitrag zeigt](#), ist die Massnahme wenig zielfocused. Besser wäre es, der Staat würde Bauvorschriften entschlacken, um mehr Wohnraum zu ermöglichen – statt ihn dem Privatmarkt zu entziehen.

## Die Zahl



Die Schweizerinnen und Schweizer sind deutlich weniger glücklich als früher. Nur noch auf dem – auch sinnbildlich unglücklichen – Platz 13 landen wir gemäss dem World Happiness Report. In keinem anderen europäischen Land nahm die Lebenszufriedenheit seit dem ersten Bericht 2012 so stark ab wie in der Schweiz. (LUR)

## Presseschau

## Avenir Suisse in den Medien

**Mieten:** Seit 2022 will Basel-Stadt Mieter mit einer neuen Wohnschutzverordnung vor höheren Mieten schützen. Vermieter dürfen nach einer Sanierung die Mieten nur marginal erhöhen und müssen jede Modernisierung von einer Kommission absegnen lassen. Wie Marco Salvi [in einem früheren Beitrag gezeigt hat](#), bleiben so Bestandsmieter in ihren alten Wohnungen sitzen, während Junge und Mobile ausgeschlossen werden. Nun sprach er zu diesem Thema [im Podcast «How to Real Estate»](#). Von ihm analysierte Daten aus Basel zeigen: Seit Einführung der neuen Massnahme wird deutlich weniger gebaut. Langfristig dürften die Mieten sogar steigen statt sinken. Ein Beispiel also für das eingangs erwähnte Prinzip, dass scheinbar gezielte Eingriffe oft unbeabsichtigte Folgen haben.

**Demokratie I:** Braucht es in Zukunft neue Formate wie Bürgerräte, damit sich mehr Menschen politisch einbringen? [In einem Interview mit «La Liberté» äussert](#) sich Patricia Schafer skeptisch. Dieses neue Format politischer Partizipation bindet vor allem viele Ressourcen, bietet aber wenig Mehrwert.

Besser wäre es, gezielt Nicht-Wähler zu erreichen und sie für das politische Geschehen zu sensibilisieren. Das funktioniert besonders gut auf Gemeindeebene. Denn dort spüren die Menschen unmittelbar, welche Folgen politische Entscheide haben.

**Demokratie II:** Soll man älteren Menschen das Wahlrecht entziehen, damit jüngere mehr politischen Einfluss erhalten? Das hat der [«Tages-Anzeiger»](#) Patricia Schafer gefragt. Sie spricht sich dagegen aus. Denn der Grundsatz «jede Person hat eine Stimme, die gleich viel zählt wie jede andere» ist für eine moderne Demokratie unverzichtbar. Besser wäre es, das Rentenalter wie in anderen Ländern an die Lebenserwartung zu koppeln, um so auch die demokratiepolitische Debatte zu entschärfen.

**Versicherungen:** Die [«Luzerner Zeitung»](#), das [«St. Galler Tagblatt»](#), der [«Bote der Urschweiz»](#) und andere Regionalmedien besprechen in einem Artikel die Jubiläumsausgabe des Schweizerischen Versicherungsverbandes. Das Buch zum 125-jährigen Bestehen zeichnet den Aufstieg der Schweizer Versicherungen nach. Der Artikel verweist auf einen Beitrag von Michele Salvi, in dem er zeigt, dass keine andere Dienstleistungssparte ihre Wertschöpfung pro Arbeitsstunde seit 2002 so stark gesteigert hat. Dabei halfen Digitalisierung, Fachkräfte und die Besinnung auf das Kerngeschäft.

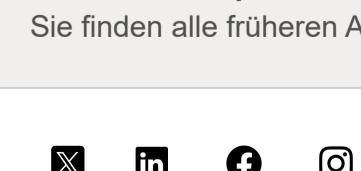
**Kantonalbanken:** 15 von 24 Kantonalbanken zahlen auf Bundesebene keine Steuern. Das verzerrt den Wettbewerb unter den Banken und zwischen den Kantonen, wie unsere Studie [«Kantonalbanken: Garantiert im Vorteil»](#) zeigt. Auch die Kantonalbank von Basel-Stadt ist steuerbefreit. Darüber berichtet [«Tele Basel»](#), verweist auf die Studie und zitiert Studienautor Lukas Schmid. Als nächstes will nun die Finanzkommission des Ständerats eine einheitliche Besteuerung aller Kantonalbanken erörtern.

**«Multis»:** Seit die USA hohe Zölle auf Schweizer Güter verhängt haben, läuft hierzulande die Suche nach den Sündenböcken. [In einem Gastbeitrag in der NZZ](#) warnten Jürg Müller und Michele Salvi davor, Schweizer Firmen in «gut» und «böse» aufzuteilen. Nun berichtet das [«Vorsorgeforum»](#) über den Gastbeitrag. Das Online-Medium verweist auch auf eine Grafik von Avenir Suisse, die zeigt, wie wichtig multinationale Firmen für die Schweiz sind: Sie stellen nur 6 Prozent aller Unternehmen, sind aber für 29 Prozent der Arbeitsplätze verantwortlich.

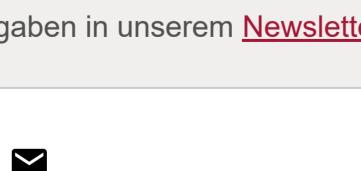
**Newsletter weitergeleitet?**  
Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

**Wer wir sind?**  
Avenir Suisse erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

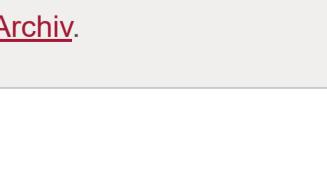
## Unsere aktuellen Publikationen



Antworten auf den Zollkonflikt



Nachhaltig mehr Bürokratie



Post: Relevanz statt Nostalgie

**Newsletter verpasst?**  
Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).